

Dresden beschließt Regelungen für Abschiebungen

Ein kleiner Erfolg für den Kinderschutz

Im Herbst 2018 hatte der Dresdener Jugendhilfeausschuss Verfahrensregeln zum Schutz von Kindern bei Abschiebungen beschlossen. Dies ersparte schon kurz darauf einer serbischen Familie, dass sie nachts von der Polizei aus dem Schlaf gerissen und unter traumatisierenden Umständen weggebracht wird. Untere Ausländerbehörde und Dresdener Jugendamt haben sich abgestimmt und die Abschiebefrist verlängert, so dass die Ausreise kooperativ organisiert werden konnte.

> Tina Siebeneicher

Einer seit zehn Jahren in Dresden lebenden armenischen Familie war es 2017 schlechter ergangen, sie war bei der Abschiebung sogar getrennt worden. Das hat in Teilen der Bevölkerung für Empörung gesorgt. Auf Initiative von Grünen, SPD und Freien Trägern beleuchteten im Mai 2018 bei einer öffentlichen Anhörung im Jugendhilfeausschuss ExpertInnen aus Wissenschaft, Rechtsbeihilfe, Verwaltung und sozialen Trägern das Spannungsfeld: Der Staat hat das Recht, abzuschicken – und die Pflicht, Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und dem Aufenthaltsstatus zu schützen. Hinzu kommen enge kommunale Spielräume und organisatorische Zwänge.

Keine Informationspflicht, ...

Ergebnis dieser Anhörung war ein gemeinsamer Antrag von Grünen, SPD und Freien Trägern: Die zuständigen Landesbehörden sollten das städtische Jugendamt über ausreisepflichtige Kinder und Familien informieren, damit dieses eine Kindeswohl-Gefährdung prüfen kann. Leider kündigte der Oberbürgermeister Widerspruch gegen den Antrag an, weil die Daten nicht weitergegeben werden dürften.

... aber wenigstens ein Appell

Darauf setzte der neu formulierte Antrag an anderer Stelle¹ an – die Stadt appelliert nun an alle in der Flüchtlingsbetreuung Beschäftigten. Sie sollen das Jugendamt informieren, wenn sie von Abschiebefristen für Minderjährige oder Familien mit Minderjährigen erfahren



Foto: StockSnap / Pixabay

oder wenn nach ihrer Kenntnis eine Abschiebung das Kindeswohl gefährden könnte. Außerdem soll sich der Oberbürgermeister bei den zuständigen Landesbehörden für diese Forderungen einsetzen:

- Familien werden nicht nachts abgeschoben.
- Kinder und Jugendliche werden nicht aus Kitas oder Schulen abgeholt.
- Familien sollen zusammen bleiben.
- Minderjährige in der Obhut des Jugendamtes werden gar nicht abgeschoben.

Dieser Beschluss des Dresdener Jugendhilfeausschusses zeigt die Möglichkeiten der kommunalen Ebene auf, verpflichtet die städtische Verwaltung zum Schutz aller Kinder und sendet ein klares Signal an die Landes- und Bundesebene.

1) Beschluss auf ratsinfo.dresden.de: <https://gruenlink.de/1jzc>

> Tina Siebeneicher ist Sprecherin für Asyl, Migration und Jugendpolitik der Grünen Stadtratsfraktion Dresden. Zuletzt schrieb sie mit Kerstin Harzendorf in dieser Zeitschrift über Ordnungspolitik in Dresden: „Aus den Augen, aus dem Sinn?“ (Heft 5/2018, Seite 40 f.).